

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Ukraine

EU und Partnerländer stärken Solidaritätskorridore

Seite 3

## IM FOKUS

### Schengen-Raum

EU drängt auf Aufnahme von Kroatien, Bulgarien und Rumänien

Seite 4

### Europa vor Ort

Breitbandausbau im Landkreis Bautzen erhält EU-Preis

Seite 6



Auf der UN-Klimakonferenz COP27 in Scharm El-Scheich hat die EU unter anderem die Einrichtung eines Fonds zur Kompensation von Klimaschäden angestoßen.

© European Union, 2022 – Source: European Parliament

## COP27

### EU dringt auf weitere Fortschritte beim Klimaschutz

Nach Abschluss der UN-Klimakonferenz COP27 im ägyptischen Scharm El-Scheich hat die EU-Kommission zu weiteren Anstrengungen im Kampf gegen die Erderwärmung aufgerufen. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, erklärte: „Nutzen wir die Gelegenheit der nächsten zwölf Monate, um mehr zu tun.“

> EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zog eine gemischte Bilanz und sagte: „Die COP27 hat bestätigt, dass die Welt nicht vom Pariser Abkommen abrücken wird. Die Wissenschaft ist sich jedoch darüber im Klaren, dass viel mehr nötig ist, um den Planeten lebenswert zu erhalten.“

In Scharm El-Scheich bekräftigten die knapp zweihundert Unterzeichnerstaaten das Ziel der UN-Klimakonferenz von Paris 2015, den Anstieg der Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dazu ist bis 2030 eine Verringerung der Treibhausgas-Emissionen um 43 Prozent (bezogen auf das Jahr 2019) notwendig. Die Vertragsparteien wollen daher ihre nationalen Klimaziele – Nationally Determined Contributions (NDC) – nachschärfen. Auf Vermittlungsvorstoß der EU wurde in der Schlussphase der Beratungen in Scharm El-Scheich die Einrichtung eines Fonds zur Kompensation von Klimaschäden vereinbart. Von der Leyen betonte:

„Klar ist, dass die EU in Scharm El-Scheich eine Schlüsselrolle gespielt hat und in ihren nationalen und internationalen Klimaschutzmaßnahmen nicht nachlassen wird.“

Diese Themen hat die EU während der COP27 unter anderem vorangetrieben:

> **Kompensationsfonds:** Die Staaten billigten im Grundsatz einen Fonds, der in einkommensschwachen, besonders vom Klimawandel betroffenen Ländern Schäden und Verluste ausgleicht, die durch die Erderwärmung entstehen, etwa in Folge von Überflutungen. Von der Leyen begrüßte die Übereinkunft und erklärte: „Ohne Klimagerechtigkeit kann nicht dauerhaft gegen den Klimawandel vorgegangen werden.“

> **Klima-Pakt mit Afrika:** Die EU und vier ihrer Mitgliedstaaten – Deutschland, Frankreich, Niederlande und Dänemark – sagten in Scharm El-Scheich zu, 1 Milliarde Euro bereitzustellen, um Klimaprojekte in Afrika zu fördern. >>

## UKRAINE

### Von der Leyen verurteilt russische Raketenangriffe

Am Rande des G20-Gipfels auf Bali hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs der G7- und der NATO-Staaten klare Worte zu den russischen Angriffen auf die zivile Infrastruktur in der Ukraine gefunden. In der Erklärung heißt es: „Wir verurteilen die barbarischen Raketenangriffe, die Russland auf ukrainische Städte und zivile Infrastrukturen verübt hat.“

Zugleich stellte die EU weitere Hilfen für die Ukraine bereit. Um den sicheren Transport von Schülerinnen und Schülern in dem Land zu gewährleisten, sagte die EU 14 Millionen Euro zu. Sie sicherte der Ukraine außerdem weitere Energie- und Winterhilfen zu.

## Erklärung

## “ Es ist nun an der Zeit, zu liefern. ”

Frans Timmermans,  
Exekutiv-Vizepräsident  
der EU-Kommission

- >> Timmermans erläuterte: „Ein Teil des Geldes geht auch in die Bekämpfung von Schäden und Verlusten durch die Erderwärmung.“
- > **Wasserstoff-Partnerschaften:** Die EU treibt den Ausbau der Wasserstoff-Wirtschaft voran. Bis 2030 soll die Kapazität auf 20 Megatonnen steigen. Die Hälfte soll in der EU hergestellt, die andere Hälfte des grünen Wasserstoffs von Partnern geliefert werden. Mit Ägypten wurde in Scharm El-Scheich dazu eine Wasserstoff-Partnerschaft unterzeichnet. EU-Energiekommissarin Simson erklärte mit Blick auf die geografische Nähe: „Das Land ist ein idealer Partner.“
  - > **Gerechter Klima-Übergang:** Am Rande des G20-Treffens auf Bali besiegelte von der Leyen mit Indonesiens Präsident Joko Widodo eine Partnerschaft für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft. Eine ähnliche Allianz hatte von der Leyen bereits im Vorjahr mit Südafrika vereinbart und in Scharm El-Scheich erneuert. Insgesamt mobilisieren EU und andere Geldgeber rund 20 Milliarden Euro, um in den Partnerstaaten den Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle zu fördern.
  - > **Verringerung der Methan-Emissionen:** Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, ist achtzigmal klimaaktiver als Kohlendioxid. EU und USA hatten daher auf der COP26 im Vorjahr die Initiative Globale Methanverpflichtung – Global Methane Pledge (GMP) – gestartet. Dem Pakt schlossen sich damals rund einhundert Länder an. In Scharm El-Scheich sagten fünfzig weitere Staaten ihre Unterstützung zu. Als erstes Land

in Afrika verabschiedete Nigeria einen Aktionsplan zur Verringerung der Methan-Emissionen. Das klimaaktive Gas baut sich in der Atmosphäre schneller ab als Kohlendioxid. Durch konsequente Einsparungen der Methan-Emissionen lässt sich der Anstieg der mittleren Temperatur bis 2070 um 0,2 Grad verringern. Timmermans erläuterte: „Methan ist der billigste und schnellste Weg, die Erderwärmung in den kommenden Jahren zu verlangsamen.“

### EU übertrifft eigene Klimaziele

Timmermans bekräftigte den Führungsanspruch der EU beim Klimaschutz und erklärte: „Wir sind fest auf Kurs, um unser Klimaziel zu erreichen.“ Die EU hat sich mit dem Grünen Deal das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Timmermans erläuterte in Scharm El-Scheich: „Nach aktuellem Stand der Dinge wird die Europäische Union ihre Emissionsminderungen bis 2030 auf mindestens 57 Prozent bringen.“ Das sind zwei Punkte mehr als bisher geplant.

So hatten sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament parallel zu den UN-Beratungen auf höhere Klimaziele für Landnutzung, Forst- und Landwirtschaft – Land Use, Land Use Change and Forestry (LULUCF) – verständigt. Das EU-Ziel für den Nettoabbau von Kohlendioxid durch natürliche Senken wie Wälder und Moore steigt damit bis Ende des Jahrzehnts auf 310 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Die Übereinkunft ist Teil des europäischen Klimapakets „Fit für 55“, das die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen in der EU bis zum Jahr 2030 festlegt. (pr) >|

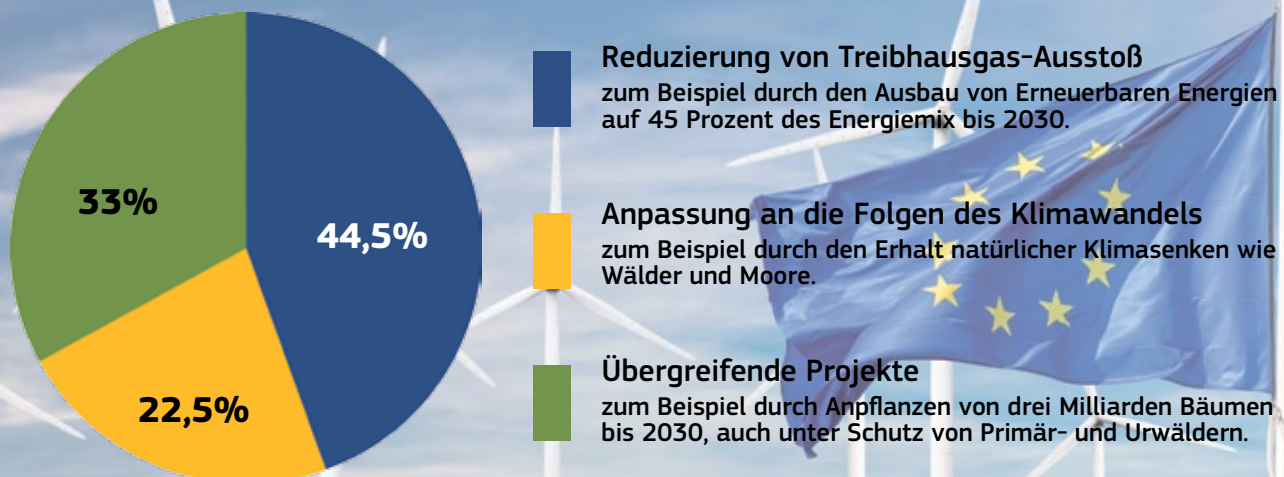
■ *Klimagipfel*

## Kommission fördert deutsche Umweltprojekte

Vor dem Auftakt der UN-Biodiversitätskonferenz (COP15) am 5. Dezember 2022 in Montreal hat die EU-Kommission im Zuge des LIFE-Programms für Umwelt- und Klimapolitik 380 Millionen Euro genehmigt. Europaweit werden 168 Vorhaben zur Stärkung der Biodiversität gefördert, davon acht in Deutschland, wie etwa im Einzugsbereich von Havel, Spree und Elbe in Brandenburg ein Projekt zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Dicken Flussmuschel. Siemens in München erhält Mittel für die Weiterentwicklung alternativer Schiffsantriebe, die emissionsärmer sind und die Unterwasserwelt mit weniger Motorenlärm stören. An der RWTH Aachen wird ein Projekt gefördert, das kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Zertifizierung für die grüne Taxonomie erleichtert. Die grüne Taxonomie ist eine EU-Regelung, die festlegt, welche Investitionen als klimaschonend einzustufen sind.

## Welche Klimaschutzmaßnahmen finanziert die EU?

(Anzeil an den Zusagen der Europäischen Union zur Klimafinanzierung im Jahr 2021)



Quelle: EU-Kommission

Foto: Shutterstock

## SOLIDARITÄTSKORRIDOR

**EU-Kommission und Partner stützen Getreideexporte aus der Ukraine mit 1 Milliarde Euro**

EU-Kommission, Mitgliedstaaten und ihre Partner mobilisieren 1 Milliarde Euro, um der Ukraine den Im- und Export von Waren im kommenden Jahr zu erleichtern. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Die Solidaritätskorridore haben der Welt Nahrungsmittel und der Ukraine Einnahmen gebracht. Wir investieren 1 Milliarde Euro, um diese Korridore anzukurbeln.“ Nach Russlands Überfall auf die Ukraine hat die EU diese Handelsrouten ausgebaut, um den Transport von Gütern aus der Ukraine zu ermöglichen.

Über die sicheren Transportwege konnten seit Kriegsbeginn rund 15 Millionen Tonnen landwirtschaftliche Produkte wie Weizen über EU-Staaten in die Welt exportiert werden. Um die Ausfuhren weiter sicherzustellen und logistische Engpässe zu vermeiden, investieren EU-Kommission und Partner 1 Milliarde Euro in den Ausbau der Infrastruktur. Von der Leyen erklärte: „Die EU-Kommission bündelt ihre Kräfte mit der Tschechischen Republik, mit Polen, Rumänien, der Slowakei und Moldau, der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbankgruppe.“

Logistik

## GLEICHSTELLUNG

**EU besiegelt Frauenquote in Aufsichtsräten**

Nach den Mitgliedstaaten hat auch das Europäische Parlament einer Initiative der EU-Kommission für eine Geschlechterquote in Führungspositionen börsennotierter Unternehmen zugestimmt. Von 2026 an müssen in großen Unternehmen in der EU mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsposten von Frauen eingenommen werden. Alternativ kann ein Drittel der Posten in Vorstand und Aufsichtsrat mit weiblichen Führungskräften besetzt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte: „Es gibt viele Frauen, die für Spitzenjobs qualifiziert sind: Sie sollten sie auch bekommen können.“ Zehn Jahre, nachdem der Vorschlag erstmals vorgelegt wurde, sei es nun höchste Zeit, dass Frauen die gläserne Decke durchbrechen.

Derzeit sind 60 Prozent der Hochschulabsolventen Frauen. Dennoch sind weibliche Führungskräfte in Wirtschaft und Gesellschaft unterrepräsentiert. Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik, sagte: „Talent hat kein Geschlecht, und die Führungsqualitäten und Visionen von Frauen sind wichtig.“

Geschlechterquote

## PRESSEFREIHEIT

**Jourová wirbt für Medienfreiheitsgesetz**

Die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der EU-Kommission, Věra Jourová, hat für das neue europäische Medienfreiheitsgesetz geworben. Auf dem internationalen Medienkongress Content Convention 2022 in Mainz sagte sie: „Mit dem Gesetz über Medienfreiheit können wir Systeme stärken, die funktionieren und gleichzeitig die Probleme dort angehen, wo sie auftreten.“ Zugleich warb Jourová um deutsche Unterstützung. „Ich vertraue auf die Führungsrolle Deutschlands, um der Europäischen Union dabei zu helfen, diese wichtige Initiative voranzubringen.“

Die Kommission hatte den Gesetzesvorschlag im September vorgelegt. Er soll die Presse- und Medienfreiheit stärken, etwa indem er die Unabhängigkeit von Redaktionen besser gewährleistet und für mehr Transparenz bei den Besitzverhältnissen von Medienunternehmen sorgt. Die rheinland-pfälzische Staatssekretärin Heike Raab, zuständig für die Koordinierung der Rundfunkkommission der Bundesländer, lobte den Dialog mit der EU-Kommission und erklärte: „Wir sind uns einig im Ziel, wir müssen die Medienfreiheit schützen.“

Pressefreiheit

## AGRARPOLITIK

**EU-Kommission fördert Landwirtschaft in Deutschland mit 30,5 Milliarden Euro**

Die EU-Kommission hat Deutschlands Agrarplan für 2023 bis 2027 gebilligt und für den Zeitraum eine Unterstützung von 30,5 Milliarden Euro zugesagt. Deutschland konzentriert sich dabei auf den Schutz von Klima und Umwelt, zugleich sollen Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz landwirtschaftlicher Betriebe und ländlicher Gebiete gefördert werden. Der ökologische Landbau wird mit 2,4 Milliarden Euro unterstützt. Über Weiterbildungen sollen die Klimaleistungen von rund 280.000 Landwirtinnen und Landwirten ausgebaut werden. Der Strategieplan sieht zudem die Unterstützung von 40.000 Betrieben im ländlichen Raum vor. Insgesamt sollen rund 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) startet am 1. Januar 2023. Die EU hat dazu ihre Förder-Richtlinien umgestaltet und konzentriert sich stärker auf Klima- und Umweltziele sowie auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe.

Agrarförderung

## GRENZENLOSES EUROPA

# EU-Kommission dringt auf Aufnahme von Kroatien, Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, den Beitritt von Kroatien, Bulgarien und Rumänien zum Schengen-Raum nicht weiter zu verzögern. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte: „Die Aufnahme Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens erfüllt ein europäisches Versprechen.“



*Dem 1985 gegründeten Schengen-Verband gehören derzeit 26 Länder an. Die EU-Kommission sieht die Zeit für gekommen, drei weitere Staaten aufzunehmen.*

> Die Kommissarin ergänzte: „Die überwältigende Mehrheit der Europäerinnen und Europäer unterstützt Schengen, und die bulgarischen, rumänischen und kroatischen Bürger müssen ihre Rechte ohne weitere Verzögerungen ausüben können.“

## Votum im Dezember

Der Rat der Mitgliedstaaten der EU will am 8. Dezember über den Kommissionsvorschlag entscheiden. Johanssons Appell: „Ich fordere den Rat auf, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit diese drei Länder dem Raum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen vollständig beitreten können.“ Rumänien und Bulgarien erfüllen seit 2011 die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Schengen-Raum, die von beiden Ländern freiwillig ermöglichte Informationsreise einer Expertengruppe im Oktober hatte dies nochmals bestätigt. Im vergangenen Dezember wurde zudem Kroatien bescheinigt, die Bedingungen für einen Beitritt zum Schengen-Raum zu erfüllen. Johansson betonte: „Die drei Länder haben Werkzeuge, Strukturen und Verfahren etabliert, um die Außengrenzen zu kontrollieren – auch in Bezug auf Sicherheitsrisiken.“

Im Einzelnen stellt die Kommission zu den Ländern fest:

> **Kroatien:** Das Land gehört der EU seit 2013 an und führt im kommenden Jahr den Euro als Gemeinschaftswährung ein. Als erstes EU-Mitglied richtete Kroatien zudem im Vorjahr einen unab-

hängigen Überwachungsmechanismus ein, der die Wahrung der Grundrechte beim Schutz der EU-Außengrenzen sicherstellt.

> **Bulgarien:** Das Nachbarland der Türkei trat der EU 2007 bei. Die EU-Kommission sieht den Schutz der europäischen Außengrenze gewährleistet und bestätigt dem Land in ihrem Bericht: „Bulgariens nationale Strategie zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption wird auf allen Ebenen umgesetzt und durch Präventionsmaßnahmen und robuste Disziplinarverfahren gestärkt.“

> **Rumänien:** Der Staat ist seit 2007 Mitglied der EU. Die EU-Kommission bilanziert in ihrem Lagebericht: „Es gibt ein hochwertiges und starkes Grenzmanagement, einschließlich Grenzüberwachung und systematischer Grenzkontrollen, und die internationale polizeiliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern funktioniert gut, ebenso wie die sehr aktive Zusammenarbeit mit der EU-Grenzagentur Frontex. Rumänien verfügt darüber hinaus über einen nationalen Notfall- und Einsatzplan für Krisensituationen, den das Land nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine erfolgreich aktiviert hat.“

## Johanssons Appell

Johansson rief die Mitgliedstaaten auf, einer Aufnahme von Kroatien, Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum zuzustimmen. Das Europäische Parlament hatte sich bereits mehrfach für einen Schengen-Beitritt der drei Länder ausgesprochen. Johansson betonte: „Schengen ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union.“

Die Gründung eines Raums ohne systematische Personenkontrollen an den Binnengrenzen war 1985 im luxemburgischen Grenzort Schengen vereinbart worden. Derzeit gehören zum Schengen-Verband 22 EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, sowie die vier Länder Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein. Rund ein Drittel der 420 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Schengen-Raum lebt in Grenznähe, täglich überqueren rund 3,5 Millionen Menschen die Grenzen. Johansson betonte auf einer Pressekonferenz in Brüssel: „Jetzt ist die Zeit, drei weitere Staaten aufzunehmen.“ (pr)

>|

## Größter Raum mit freiem Personenverkehr

Schengen ist der weltweit größte Raum, in dem freier Personenverkehr gewährleistet ist. Die Mitgliedstaaten kooperieren beim Schutz der Außengrenzen und arbeiten bei der inneren Sicherheit zusammen. Über das Schengener Informationssystem (SIS) teilen die Länder zum Beispiel polizeiliche Informationen in einer gemeinsamen Datenbank. Das Visa-Informationssystem (VIS) ist eine EU-Datenbank, die die Grenzschutzbeamten an den Außengrenzen der EU mit den Konsulaten der Mitgliedstaaten in der ganzen Welt verbindet.

EUROPÄISCHES SEMESTER

# EU-Kommission fordert zu zielgerichteteren Energiehilfen auf – auch in Deutschland

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre Energiehilfen für Haushalte und Unternehmen zielgenauer auszurichten. Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis erklärte: „Wir fordern die Regierungen auf, die Qualität ihrer Unterstützungsmaßnahmen dringend zu verbessern.“ So sieht die EU-Kommission in ihren Analysen auch einen Großteil der Energiehilfen in Deutschland als nicht zielgerichtet an. Gezielte Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise machten in diesem Jahr hierzulande lediglich 0,3 Prozent der Wirtschaftskraft aus, ungezielte Maßnahmen dagegen 0,8 Prozent.

➤ Dombrovskis leitete gemeinsam mit EU-Währungskommissar Paoio Gentiloni und EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit das Europäische Semester für das Haushaltsjahr 2023 ein. In dem Verfahren analysiert die EU-Kommission jeweils im Herbst die Haushaltsentwürfe der Mitgliedstaaten für das kommende Jahr mit Blick auf fiskalpolitische Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Ungleichgewichte. Erstmals wurden in diesem Jahr auch die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Stabilisierung der Energiepreise und ihre Folgen für die öffentlichen Haushalte bewertet.

Dombrovskis erläuterte: „In diesem Jahr waren weniger als 30 Prozent der Fördermaßnahmen zielgerichtet. Die meisten Maßnahmen helfen also nicht denen, die sie wirklich brauchen. Sie reduzieren den Energiebedarf nicht und halten dadurch die Preise hoch.“ Er plädierte für ein Entlastungsmodell, das allein die Energiekosten für die Grundversorgung von Haushalten und Unternehmen bezuschusst. Für den weiteren Verbrauch sollte der Markt die Preise bestimmen, um stärker zum Energiesparen zu motivieren.

Mit Blick auf die gestiegenen öffentlichen Ausgaben in zahlreichen Mitgliedstaaten hieß es in der Analyse: „Die Kommission fordert Belgien, Portugal, Österreich, Litauen, Deutschland, Estland, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und die Slowakei auf, im Rahmen des nationalen Haushaltsverfahrens erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Haushaltspläne 2023 vollständig mit den Empfehlungen des Rates in Einklang stehen.“



Als größtes gesamtwirtschaftliches Risiko für Deutschland und die EU sieht die Kommission die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine. Dombrovskis erklärte: „Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere Politik in der gesamten EU koordinieren, damit wir die aktuellen Schwierigkeiten besser überwinden und unsere langfristigen wirtschaftlichen Aussichten stärken.“

## Arbeitsmarkt zeigt sich robust

Für die Eurozone rechnet die EU-Kommission für das kommende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent, nach 3,2 Prozent in diesem Jahr. Für Deutschland wird im kommenden Jahr ein Schrumpfen der Wirtschaft auf minus 0,6 Prozent erwartet, nach einem Wachstum von 1,6 Prozent in diesem Jahr. Die Inflation in Deutschland sinkt 2023 laut Prognose auf 7,5 Prozent (minus 1,3 Punkte im Vergleich zu diesem Jahr). Im Jahr 2023 soll die Inflation dann auf 2,9 Prozent zurückgehen. Für die Eurozone wird in diesem Jahr eine Inflationsquote von 8,5 Prozent erwartet, für 2023 rechnet die Kommission mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich aber robust. EU-weit steigt die Quote der Erwerbslosen nach der Prognose der Kommission nach 6,2 Prozent in diesem Jahr auf 6,5 Prozent im Jahr 2023. Für Deutschland prognostiziert die Kommission für 2023 eine Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent, plus 0,4 Punkte im Vergleich zu 2022. Schmit mahnte: „Der Arbeitsmarkt hat sich erfolgreich von dem COVID-19-Schock erholt, aber wir müssen angesichts der Energiekrise und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wachsam bleiben.“ (pr) >|

*EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit, Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis und Währungskommissar Paolo Gentiloni (v.l.n.r.) leiteten gemeinsam das Europäische Semester für das Haushaltsjahr 2023 ein.*

## Vorstoß zu Gaspreisbremse

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, um die Ausschläge auf dem Markt für Flüssiggas – Liquefied Natur Gas (LNG) – zu begrenzen. Damit sollen Unternehmen und Haushalte entlastet werden. Der Korrekturmechanismus greift, wenn der Preis an der europäischen Leitbörse TTF in Amsterdam für zwei Wochen 275 Euro pro Megawattstunde (MWh) übersteigt und die Differenz zum Weltmarkt für zehn aufeinanderfolgende Handelstage mehr als 58 Euro/MWh beträgt.

EU-Energiekommissarin Kadri Simson erklärte: „Der Mechanismus ist sorgfältig konzipiert, damit er wirksam ist, ohne unsere Versorgungssicherheit, das Funktionieren der EU-Energiemärkte und die Finanzstabilität zu gefährden.“

EUROPA VOR ORT

## EU prämiert Breitbandausbau im sächsischen Landkreis Bautzen

Internet im Landkreis Bautzen? Flutscht. So sieht es auch Sebastian Kieslich, er erklärt: „Schnelles Internet ist für unsere Arbeit eine Grundvoraussetzung“. Kieslich ist Leiter des Bildungsgutes Schmochtitz, einer Einrichtung der Erwachsenenbildung des Bistums Dresden und Meißen. Er sagt über die Vorteile des schnellen Internets auf dem sächsischen Land: „Streaming von Veranstaltungen nach außen, das Zuschalten von Referenten, die nicht vor Ort sein können – das schnelle Internet eröffnet uns neue Chancen, mit Menschen in Kontakt zu kommen und sich untereinander zu vernetzen.“



*Schnelles Internet ist für den Arbeitsalltag des Bildungsgutes Schmochtitz im sächsischen Bautzen unerlässlich.*

> Kieslichs Bildungseinrichtung profitiert vom Breitbandausbau im Landkreis Bautzen. Rund 60.000 Haushalte, knapp 9.000 Unternehmen und rund 200 Schulen wurden in den vergangenen Jahren etappenweise mit schnellem Internet von 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) versorgt. Die EU-Kommission hat den Landkreis dafür mit einem Preis ausgezeichnet.

Landrat Udo Witschas, der die Auszeichnung mit seinem Vorgänger Michael Harig in Brüssel entgegengenommen hat, sagt: „Das ist eine sehr wichtige Auszeichnung und Anerkennung für die Arbeit unserer Mitarbeiter und Partner. Sie zeigt, dass unser Projekt nicht nur im deutschlandweiten Vergleich ganz vorn liegt, sondern auch im europäischen Maßstab.“

### Größtes Glasfaserprojekt in Europa

Die EU-Kommission hat die Jahre bis 2030 zur „digitalen Dekade“ ausgerufen. Eines der Ziele: Die Versorgung mit schnellem Internet vorantreiben, vom Breitband bis zum 5G-Netz. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betont: „Wir investieren in großem Umfang in 5G und Glasfaser. Aber ebenso wichtig sind Investitionen in digitale Kompetenzen.“

In Sachsen zeigen sie, wie das in der Fläche geht. Vom EU-Oscar sprechen sie stolz in Bautzen und

Umgebung. Schließlich war der Internetausbau in der Region in den vergangenen Jahren das größte Glasfaserprojekt in Europa. So wurden allein 12.000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt.

### Planung bündeln

Der Landkreis Bautzen ist annähernd so groß wie das Saarland, rund 290.000 Menschen leben dort. Deshalb hat man sich in der Region für ein besonderes Vorgehen entschieden: Der Kreis trieb den Ausbau federführend voran, so musste der Ausbau nicht von jeder Gemeinde selbst organisiert werden. Bei mehr als fünfzig Kommunen im Kreis spart das Zeit und Geld. Das überzeugte auch die europäische Jury.

Noch einen weiteren Punkt machte Bautzen anders: Die Breitbandleitungen enden nicht irgendwo im Dorf, nicht irgendwo in der Ortsmitte, sondern reichen bis zur Haustür. Das erspart den oft mühseligen und langwierigen Streit um Kosten für die letzte Meile beim Internetausbau. Romy Reinisch, Beigeordnete des Kreises, bilanziert: „Der Breitbandausbau im Landkreis Bautzen ist auch deswegen gut vorangekommen, weil wir als Landkreis diese Aufgabe für alle Städte und Gemeinden wahrgenommen haben. So konnten wir das aus einer Hand stemmen und die Dinge zentral steuern.“

Ausgangspunkt für den Ausbau war das Bildungsgut Schmochtitz. Leiter Kieslich erzählt: „Wir waren hier das Pilotprojekt.“ Und er freut sich über die Erfolge der Initiative: „Für unsere Arbeit in der Erwachsenenbildung ist das enorm wichtig.“

Die Auszeichnung aus Brüssel ist für den Landkreis Bautzen weiterer Ansporn. So wurde analysiert, wo der Breitbandausbau trotz europäischer Auszeichnung noch verbessert werden kann. Dann legte der Kreis einen zehnten Ausbau-Cluster fest, um Netzengpässe umgehend zu beheben. Weitere 8.000 Haushalte und gut 800 Unternehmen werden so zügig ans schnelle Internet angebunden. Denn der digitale Wandel geht ständig weiter. (pr) >|

■ Auszeichnung

## Digitale Dekade

Die Europäische Kommission hat die Jahre bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen. So wird angestrebt, dass 80 Prozent der Bevölkerung über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen. Auch der Breitbandausbau zur Versorgung mit schnellem Internet wird unterstützt. „Breitbandanschlüsse sind für das Wirtschaftswachstum und für Innovation in allen Wirtschaftszweigen sowie für den sozialen und territorialen Zusammenhalt in Europa von strategischer Bedeutung“, so die EU-Kommission.

## Europa in Zahlen

# 1,88

Milliarden Euro betrug der Wert der in der EU im vergangenen Jahr gefertigten Kerzen. Spitzenreiter unter den Mitgliedstaaten ist Polen, wie aus Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat weiter hervorgeht. Auf das Land entfallen rund 40 Prozent der Kerzenherstellung in der Europäischen Union mit einem Wert von rund 760 Millionen Euro. Deutschland folgt auf dem zweiten Platz, mit einem Produktionsanteil von rund 10 Prozent (rund 191 Millionen Euro).

Auf den weiteren Plätzen liegen die südeuropäischen Mitgliedstaaten Italien (5 Prozent, 84 Millionen Euro), Spanien (4 Prozent, 78 Millionen Euro) und Portugal (3 Prozent, 57 Millionen Euro).

■ Kerzenherstellung

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 28.11.2022 17.15–18.30 Uhr	„Gemeinsam gestärkt aus der Krise: die Wirkung von Next-GenerationEU in Deutschland und der Europäischen Union“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	<a href="https://germany.representation.ec.europa.eu/events_de">https://germany.representation.ec.europa.eu/events_de</a>
> 28.11.2022 19.00–22.00 Uhr	„Quo vadis, Aida? – LUX-Publikumspreisgewinner 2022“ Kino Europa – Film & Talk  <b>Veranstalter:</b> Europe Direct München, Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München, Creative Europe Desk München, Petra-Kelly-Stiftung	Gasteig HP8 Hans-Preißinger-Straße 8 81379 München	<a href="http://www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsba%20-%20C3%BCnchen/kinoeuropa_28nov22">www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsba%20-%20C3%BCnchen/kinoeuropa_28nov22</a>
> 28.11.–01.12.2022 13.00–14.00 Uhr	„Erasmus+ Inspiration Days“ Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung	Online	<a href="http://www.na-bibb.de/serviceveranstaltungen/details/news/inspiration-days">www.na-bibb.de/serviceveranstaltungen/details/news/inspiration-days</a>
> 29.11.2022 09.00–17.00 Uhr	„Our European values, our future“ Deutsch-polnischer Zukunftsdialog  <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland	Online	<a href="http://www.netzwerk-ebd.de/termine/eud-deutsch-polnischer-zukunftsdialog-our-european-values-our-future/">www.netzwerk-ebd.de/termine/eud-deutsch-polnischer-zukunftsdialog-our-european-values-our-future/</a>
> 30.11.–02.12.2022 15.30 Uhr	„European Data Summit 2022 – Nachhaltiger Wettbewerb“ Tagung  <b>Veranstalter:</b> Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Tiergartenstraße 35 10785 Berlin	<a href="http://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/european-data-summit-2022">www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/european-data-summit-2022</a>
> 08.12.2022 19.00–20.30 Uhr	„Europa und die Welt. Die Erörterung aktueller Ereignisse im historischen Kontext“ Ringvorlesung  <b>Veranstalter:</b> VHS Haan, Europa-Union Haan	Volkshochschule Haan Dieker Straße 49 42781 Haan	<a href="http://www.vhs-hilden-haan.de/programm/weltansichten/kurs/Europa-und-die-Welt-Die-Eroerterung-aktueller-Ereignisse-im-historisch/X10011#inhalt">www.vhs-hilden-haan.de/programm/weltansichten/kurs/Europa-und-die-Welt-Die-Eroerterung-aktueller-Ereignisse-im-historisch/X10011#inhalt</a>
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de">https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de</a>			

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

### Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

### Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

### Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## ONLINE-STREITBEILEGUNG

**Hilfe bei Problemen mit dem Internet-Shopping**

Ärger mit einem Online-Händler? Nach dem Shopping im Internet oder vor Ort kommt es zum Streit? Über die Europäische Plattform für Online-Streitbeilegung der EU-Kommission können Verbraucherinnen und Verbraucher mit Unternehmen aus der gesamten EU Kontakt aufnehmen und im direkten Gespräch eine Lösung finden. Ein integriertes Übersetzungstool ermöglicht das gemeinsame Gespräch. Gelingt es nicht, gemeinsam eine Lösung zu finden, kann das Unternehmen eine geeignete Schlichtungsstelle hinzuziehen. Der Fall wird dann direkt über die Plattform für Online-Streitbeilegung an diese Schlichtungsstelle weitergeleitet. Als nationale Kontaktstelle Deutschland berät das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland zur Funktionsweise der Plattform, zu Verbraucherrechten, zu Schlichtungsstellen und – wenn Schlichtung einmal nicht weiterhilft – zu anderen Rechtsschutzmöglichkeiten.



■ *Online-Streitbeilegung*

## MIT ERASMUS+ WIRD AUSBILDUNG INTERNATIONAL

**Chancen für Unternehmen und Auszubildende**

Für Azubis und Berufsschüler macht Erasmus+ Mobilität möglich: Das Programm bietet jungen Menschen in der Erstausbildung die Chance, ein Auslandspraktikum in Europa zu absolvieren. Unternehmen profitieren durch das Angebot und können so z.B. die Attraktivität Ihres Ausbildungsangebots steigern und ihre Auszubildenden motivieren. Auch Lehrkräfte und Ausbilder können während eines On-the-job-Trainings neue berufliche Eindrücke gewinnen oder sich durch einen Kurs fachlich weiterqualifizieren.



Welche Möglichkeiten der Förderung es gibt, Angaben über die Höhe der Zuschüsse, über Antragsfristen und weitere Informationen vermittelt kurz und knapp ein neuer Flyer der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB).

■ *Flyer der NA beim BIBB*

## BLAUER BÄR 2023

**Berlin ehrt beispielhaftes Europa-Engagement**

Mit dem Europapreis Blauer Bär ehren das Land Berlin und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland jährlich beispielhaftes Europa-Engagement von Berlinerinnen und Berlinern in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen – von Europaprojekten und Ideen im Bereich Kunst und Kultur, Sport und Musik über Soziales, Bildung und Jugend, in kleinen oder großen Projekten und Aktionen, einmalig oder langfristig. Bis zum 15. Februar 2023 können Einzelpersonen oder Personengruppen aus Berlin vorgeschlagen werden, die durch ihre Aktivitäten zur Förderung des Europagedankens und zur Stärkung der Solidarität in der Europäischen Union beigetragen haben. Nach dem Juryverfahren im Frühjahr 2023 findet die Verleihung in einem festlichen Rahmen im Mai 2023 statt. Es steht ein Preisgeld von insgesamt 7.500 Euro zur Verfügung.



■ *Europapreis Blauer Bär*

## CREATIVE EUROPE MEDIA DESKS

**Workshop für europäische Koproduktionen**

In Zeiten begrenzter Ressourcen und eines Überflusses an Inhalten werden Koproduktionen immer wichtiger für den Erfolg europäischer Filme und Serien. Wie werden sich die Produktionsstopps des letzten Jahres, geschlossene Kinos und veränderte Vertriebsketten langfristig auf Koproduktionen auswirken? Wie können Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette die nachhaltige Entwicklung ihrer Geschäfte in unbeständigen Zeiten sicherstellen? Der Workshop European Co-Production geht diese komplexen Fragen direkt an und bietet exklusive Einblicke in die Entstehung mehrerer aktueller europäischer Koproduktionen (Spielfilme und Dramaserien) sowie einen umfassenden Überblick über die rechtlichen und finanziellen Elemente von Koproduktionen.

Der Workshop findet vom 2. bis 4. März 2023 in Berlin statt und richtet sich an Fachleute aus der gesamten Wertschöpfungskette, die in der Koproduktion von Spielfilmen und Serien tätig sind. Bewerbungen werden ab sofort entgegengenommen.

■ *Workshop Europäische Koproduktionen*